

München
17. Juli 2003

Tagungsbericht

Von der Arbeitsmarktpolitik zur Beschäftigungspolitik

Wo stehen wir ein Jahr nach Vorstellung des Hartz-Berichts?



Ein Jahr nach Vorstellung des Berichts der sogenannten Hartz-Kommission steigt die Arbeitslosigkeit weiter an. Bedeutet das, daß die Kommissionsarbeit wirkungslos war? Sind die bereits umgesetzten Reformen sinnvoll oder weisen sie in die falsche Richtung? Welchen Teil des Arbeitslosenproblems können die Hartz-Reformen überhaupt lösen? Zu diesen Fragen äußerten sich renommierte Arbeitsmarktexperten auf Einladung der Stiftung Marktwirtschaft und der Hanns-Seidel-Stiftung am 17. Juli in München. Diese Veranstaltung wur-



Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft:
Dr. habil. Lüder Gerken.

de weiterhin gefördert von der Adolf-Messer-Stiftung. Gelobt wurde allgemein, daß die Kommission wichtige Anstöße gegeben und ein Reformklima für den Arbeitsmarkt geschaffen habe. Der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Dr. habil. Lüder Gerken, warnte in diesem Zusammenhang: „Wir dürfen die Leistungen der Kommission nicht an dem von vornherein unrealistischen Ziel messen, die Arbeitslosigkeit innerhalb von drei Jahren um zwei Millionen zu senken.“ Wichtig sei vielmehr, daß mit der Ver-

stärkung von Vermittlung und Betreuung sowie mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit immerhin zwei wichtige Problemfelder des deutschen Arbeitsmarkts angegangen worden seien. Zugleich wurde auf der Tagung jedoch klar, daß für einen Abbau der Massenarbeitslosigkeit weitere beschäftigungspolitische Reformen notwendig sind. So umschrieb der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Dr. h.c. Alfred Bayer, die Zielrichtung der Reformen: Der Arbeitsmarkt müsse wieder ein wirklicher Markt werden.



Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung:
Dr. h.c. Alfred Bayer.



Mitglied der Hartz-Kommission:
Dr. Norbert Bensel.

Hartz: Was ist gelungen, was ist zu kurz gekommen?

Dr. Norbert Bensel, Mitglied der Hartz-Kommission

Dr. Norbert Bensel, Personalvorstand der Deutschen Bahn AG und Mitglied der Hartz-Kommission, wies darauf hin, daß die Hartz-Kommission lediglich den Auftrag hatte, Vorschläge für eine Verbesserung der Arbeitsmarktpolitik zu machen, insbesondere für den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit. Dies sei zwar nur ein Teilbereich der großen Beschäftigungsproblematik in Deutschland. Er warnte aber davor, diesen Teilbereich kleinzureden. Die

Umsetzung der Kommissionsvorschläge sei allerdings teilweise zu bürokratisch und zu wenig wettbewerbsorientiert erfolgt. Deutliche Kritik übte Bensel auch an der Einflußnahme der großen Parteien und der Gewerkschaften auf die Kommissionsarbeit. So seien sinnvolle Vorschläge, die bereits kommissionsintern Konsens gewesen seien, blockiert worden, beispielsweise bei der Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld.

Notwendige Schritte für eine wirksame Arbeitsmarktpolitik

Christa Stewens, bayerische Staatsministerin für Arbeit

Eindrücklich machte Frau Christa Stewens, bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, deutlich, daß die Probleme am Arbeitsmarkt zum weitaus überwiegenden Teil hausgemacht seien. Beschäftigungshemmnisse seien vor allem die Überregulierung und die hohen Lohnnebenkosten. Als Lösung verwies sie auf den von ihr in den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf. Er beinhaltet vor allem eine Locke-

rung des Kündigungsschutzes und eine Kürzung des Arbeitslosengeldes. Stewens wehrte sich dagegen, im Zuge des Umbaus der Bundesanstalt für Arbeit die Kompetenzen der Landesarbeitsämter zu beschneiden. Diese seien wichtige Ansprechpartner für die Landesregierungen. Offen ließ Stewens die Frage, inwieweit die Kommunen arbeitsmarktpolitische Verantwortung übernehmen sollten.



Gegen Umbau der Landesarbeitsämter: Christa Stewens, MdL.



Den „Anti-Wettbewerbs-Bazillus“ überwinden: Prof. Dr. Norbert Berthold aus Würzburg.

Hartz-Reformen: Viel Lärm um nichts?

Prof. Dr. Norbert Berthold, Universität Würzburg

Im Unterschied zu Staatsministerin Stewens sprach sich Prof. Dr. Norbert Berthold, Universität Würzburg, für eine vollständige Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik aus. Dadurch käme auch ein wettbewerbliches Element in die Arbeitsmarktpolitik. Scharf kritisierte Berthold die Beibehaltung der Landesarbeitsämter und ihre Umwandlung in Kompetenzzentren. Insgesamt müsse

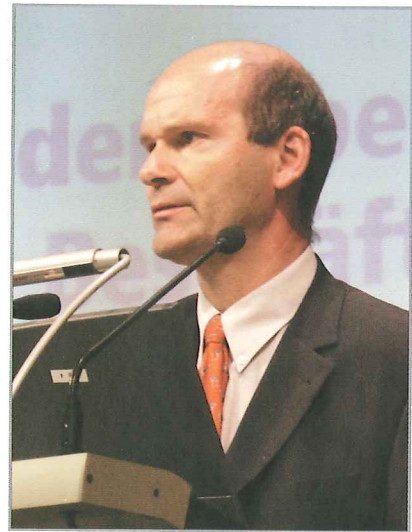
sich die Politik vom „Anti-Wettbewerbs-Bazillus“ freimachen, von dem auch die Hartz-Kommission befallen gewesen sei. So sei nicht ersichtlich, warum der Staat in Form der PersonalServiceAgenturen den privaten Wettbewerb bei der Zeitarbeit verdrängen solle. Berthold forderte, die Tätigkeit der Bundesanstalt für Arbeit solle auf die Verwaltung der Arbeitslosenversicherung beschränkt werden.

Institutionelle Innovation als Lösung?

Dr. U. Walwei, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Nach Ansicht von Dr. Ulrich Walwei, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, verstärkt und beschleunigt das Hartz-Konzept lediglich Entwicklungen, die seit Jahren zu beobachten seien: So habe die Gesetzgebung seit 1994 die Möglichkeiten der privaten Arbeitsvermittlung sukzessive erweitert. Ähnliches gelte für die Zeitarbeit, deren Bedeutung seit vielen Jahren zunehme. Insgesamt sei es richtig, den Schwerpunkt der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf direkte Beschäftigungsförderung und auf die Förderung der Selbständigkeit zu verlagern.

Bei der Reform der arbeitsmarktpolitischen Institutionen müsse darauf geachtet werden, daß Aktivierung und passive Leistung innerhalb derselben Struktur erbracht würden. Eine erste empirische Bewertung der Hartz-Gesetze sei, so Walwei, noch nicht möglich. Die Erfahrungen mit dem vorausgegangenen Job-AQTIV-Gesetz zeigten allerdings, daß durch eine Verbesserung der Betreuung vermehrt diejenigen aus dem Leistungsbezug fielen, die nicht wirklich an einer Beschäftigung interessiert seien — ein sinnvoller Nebeneffekt.



Forscht im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit: Dr. Ulrich Walwei, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.



Für ein Bündel von Reformen: Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Münster.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Universität Münster, verglich die Beschäftigungssituation und -politik in Deutschland mit der Lage in

Der internationale Vergleich

Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Universität Münster

anderen Staaten anhand eines Beschäftigungsrankings. Insbesondere in den Wohlfahrtsstaaten mit hoher Arbeitslosigkeit habe die aktive Arbeitsmarktpolitik durchaus Relevanz für die Höhe der Arbeitslosenquoten. Van Suntum machte jedoch anschaulich, daß mit Effizienzverbesserungen in der Arbeitsvermittlung und in der Arbeitsmarktpolitik insgesamt noch keine nennenswerte Verbesserung des deutschen Arbeitsmarkts zu erwarten sei. Erst wenn

Deregulierung, Neuausrichtung in der Tarifpolitik, eine Absenkung der passiven Leistungen für Arbeitslose und niedrigere Lohnnebenkosten erreicht seien, könne sich eine neue Beschäftigungsdynamik entfalten. Konkret schlug van Suntum eine Trennung von Umverteilung und Versicherung in der Krankenversicherung sowie eine freiwillige Arbeitslosenversicherung vor. Die Kommunen sollten für die Langzeitarbeitslosen zuständig sein.

Die Moderatoren der drei Veranstaltungsteile



Ernst Hebeker, Münchner Merkur.



Margaret Heckel, Financial Times Deutschland.



Dr. Marc Beise, Süddeutsche Zeitung.

Die Perspektive der Wissenschaft

Prof. Dr. Jürgen Jerger, Universität Regensburg

Prof. Dr. Jürgen Jerger, Universität Regensburg, machte deutlich, daß für die Beschäftigungssituation primär die Lohnpolitik und damit die Tarifparteien verantwortlich seien. Sie dürften sich nicht wie bisher an der Arbeitsproduktivität orientieren. Denn der Zusammenhang von Löhnen und Produktivität ergebe sich endogen, weil die Unternehmen ihre Beschäftigung an die vorangegangenen Lohnabschlüsse anpassen. Vielmehr müsse sich eine beschäftigungsneutrale Lohnpolitik am Wachstum

der nominalen Nachfrage ausrichten. Für die Arbeitsmarktpolitik forderte Jerger ein Umsteuern von den unproduktiven oder gar schädlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hin zu einer besseren individuellen Betreuung. Wichtig sei es für die Politik, die Komplementaritäten zwischen den einzelnen Reformschritten am Arbeitsmarkt zu beachten: Erst wenn mehrere aufeinander abgestimmte Teilreformen zusammenkämen, könnten die einzelnen Ansätze ihre Wirkung voll entfalten.



Fordert einen Wandel in der Lohnpolitik: Prof. Dr. Jürgen Jerger, Regensburg.



Will Beschäftigung sichern: Staatssekretär Hans Spitzner aus Bayern.

Die Perspektive der Politik

Hans Spitzner, bayerischer Staatssekretär für Wirtschaft

Staatssekretär Hans Spitzner (bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie) kritisierte, die beschäftigungspolitische Diskussion sei in Deutschland häufig zu defensiv: Schließlich gehe es nicht nur darum, Arbeit zu verteilen, sondern auch darum, Beschäftigung zu sichern und in Beschäftigung zu investieren, damit die Erwerbstätigkeit nicht weiter ab-, sondern zunehme. Auch müsse die Be-

schäftigungsschwelle gesenkt werden. Spitzner berichtete aus seiner konkreten politischen Arbeit, wie das Abwandern von Unternehmen durch Beschäftigungsbündnisse vor Ort verhindert werden konnte. In bezug auf das demographische Problem räumte er selbstkritisch ein, die Politik habe diese Frage zu lange verdrängt. Auch jetzt werde zu sehr auf den nächsten Wahltermin geschaut, anstatt langfristig zu denken.

Der deutsche Arbeitsmarkt aus Sicht eines europäischen Unternehmens

Mr. dr. Willem G. M. Plessen, Randstad Groep

Daß das Hartz-Konzept in bezug auf die Zeitarbeit nur ein Anfang sein könne, stellte Mr. dr. Willem Plessen von der niederländischen Zeitarbeitsfirma Randstad klar. Die Regelungen in Deutschland seien zu restriktiv, als daß die Zeitarbeit wie in den Niederlanden einen nennenswerten Umfang und eine wichtige Rolle als Jobmaschine erreichen könne. Im Unterschied zu

Deutschland sei in den Niederlanden eine neuerliche Zeitarbeit nach einer Unterbrechung erlaubt. Außerdem werde stärker zwischen einer für beide Seiten sehr flexiblen Einstiegsphase und einer zweiten, stärker abgesicherten Phase unterschieden. Schließlich benachteilige das deutsche Modell die Arbeitgeber bei den Verhandlungen über die Lohnhöhe.



Wünscht mehr Freiheiten für die Zeitarbeit: Mr. dr. Willem G. M. Plessen, Randstad Groep.